



Stadt Kamen

Niederschrift

Rat

über die
2. Sitzung des Rates
am Donnerstag, dem 07.05.2015
in der Kamener Stadthalle

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 17:20 Uhr

Anwesend

Bürgermeister

Herr Hermann Hupe

SPD

Herr Thomas Blaschke
Herr Carsten Diete
Frau Britta Dreher
Herr Joachim Eckardt
Frau Petra Hartig
Herr Hans-Dieter Heidenreich
Herr Daniel Heidler
Frau Kerstin Heidler
Herr Peter Holtmann
Frau Renate Jung
Herr Klaus Kasperidus
Frau Christiane Klanke
Herr Michael Krause
Herr Gökçen Kuru
Herr Friedhelm Lipinski
Herr Ulrich Marc
Frau Lana Schnack
Herr Theodor Wältermann
Herr Manfred Wiedemann
Frau Nicola Zühlke

CDU

Herr Karsten Diederichs-Späh
Herr Dirk Ebbinghaus
Herr Ralf Eisenhardt
Herr Rainer Fuhrmann
Frau Rosemarie Gerdes
Herr Wilhelm Kemna
Herr Ralf Langner

Frau Susanne Middendorf
Frau Ina Scharrenbach
Herr Dietmar Wünnemann

Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Frau Anke Dörlemann
Herr Stefan Helmken
Frau Bettina Werning

DIE LINKE / GAL
Herr Gunther Heuchel
Herr Klaus-Dieter Grosch

FW/FDP
Frau Heike Schaumann
Herr Helmut Stalz

Ortsvorsteher
Herr Heinz Henning
Herr Ulrich Klein
Herr Hans-Jürgen Senne

Verwaltung
Herr Ralf Kosanetzki
Herr Dr. Uwe Liedtke
Frau Sabrina Lohsträter
Herr Jörg Mösgen
Frau Ingelore Peppmeier
Herr Ralf Tost

Personalrat
Herr Uwe Fleißig
Herr Alfred T. Supper

Entschuldigt fehlten
Frau Annette Mann
Herr Adrian Mork
Frau Ursula Müller

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Einwohnerfragestunde	
2	Umbesetzung von Ausschüssen	021/2015
3	Änderung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur Aufgabenübertragung der Leistungen für Bildung und Teilhabe nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG)	022/2015
4	Durchführung der Winterwelt 2015 mit einer gemieteten oder erworbenen Eisbahn aus synthetischem Eis hier: Bericht der Verwaltung	023/2015
5	Kommunaler Kinder- und Jugendförderplan: Kinder und Jugendliche mitnehmen hier: Antrag der CDU-Fraktion	
6	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Einwohnerfragestunde

Einwohnerfragen lagen nicht vor.

Zu TOP 2.
021/2015

Umbesetzung von Ausschüssen

Beschluss:

Der Rat beschließt folgende Umbesetzung:

Behindertenbeirat

	<u>bisher</u>	<u>neu</u>
beratendes Mitglied	Gabriela Tönnies	Tanja Brückel

Partnerschaftsausschuss

	<u>bisher</u>	<u>neu</u>
stv. Mitglied	Gisela Pfeiffer	Carina Feige

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 3.
022/2015

Änderung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur Aufgabenübertragung der Leistungen für Bildung und Teilhabe nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG)

Herr **Grosch** für die Fraktion Die Linke/ GAL und Herr **Stalz** für die FW/FDP-Fraktion begrüßten die Vorlage, insbesondere die Anspruchsberechtigung für Asylbewerber auf Leistungen nach dem Bildungs- und Teilhabegesetz sowie die Aufgabenübertragung an den Kreis Unna.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kamen stimmt der Änderung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur Aufgabenübertragung der Leistungen für Bildung und Teilhabe nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) zwischen dem Kreis Unna und der Stadt Kamen zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 4.
023/2015

Durchführung der Winterwelt 2015 mit einer gemieteten oder erworbenen Eisbahn aus synthetischem Eis
hier: Bericht der Verwaltung

Die Mitteilungsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.
Es ergab sich kein Widerspruch gegen das Fazit der Verwaltung, die Winterwelt weiterhin mit einer Natureisbahn durchzuführen.

Zu TOP 5.

Kommunaler Kinder- und Jugendförderplan: Kinder und Jugendliche mitnehmen
hier: Antrag der CDU-Fraktion

Frau **Scharrenbach** erläuterte für die CDU-Fraktion den Antrag und kritisierte den fehlenden Informationsfluss zum Aufstellungsverfahren im Fachausschuss. Da die Fraktion mittlerweile erfahren habe, dass es eine Beteiligung von Kindern und Jugendlichen mittels einer Umfrage geben werde, schlug sie vor, den Antrag bis zur Vorlage der Umfrageergebnisse zurückzustellen.

Herr **Tost** zeigte auf, dass die Verwaltung bereits durch das Achte Buch des Sozialgesetzbuches verpflichtet sei, Kinder und Jugendliche bei der Aufstellung des Kinder- und Jugendförderplans zu beteiligen. Dies sei in der Vergangenheit immer so praktiziert worden. Insofern sei der Antrag obsolet und fraglich, was mit einer Ruhendstellung des Antrages erreicht werden solle.

Die SPD-Fraktion, so Herr **Heidler**, halte eine Beratung und Beschlussfassung über den von der CDU-Fraktion vorgelegten Antrag für nicht erforderlich, da gesetzliche Vorschriften umfassend die Pflicht zur Fortschreibung und das entsprechende Verfahren, u.a. zur partizipativen Vorgehensweisen, vorgeben. Einer Entscheidung des Rates bedürfe es nicht.

Mit Blick auf die fehlenden Informationen zum Verfahren und zur inhaltlichen Ausgestaltung der Umfrage erwiderte Frau **Scharrenbach**, dass über die Ausgestaltung der gesetzlichen Beteiligungspflicht Informations- und Diskussionsbedarf im nächsten Fachausschuss bestünde. Beispielsweise müsse nach ihrer Einschätzung darüber geredet werden, wie Schulen oder Jugendeinrichtungen am besten zu beteiligen seien.

Herr **Heidler** verwies darauf, dass die hier gestellten Forderungen inhaltlich über den vorgelegten Antrag hinausgingen.

Auf den Vorschlag von Frau **Scharrenbach**, den Antrag zurückzunehmen, soweit zugesichert werde, dass bei der Neuaufstellung des Kinder- und Jugendförderplans ab 2020 frühzeitig eine Beteiligung erfolge, erklärte Herr **Heidler**, dass einer Diskussion im Fachausschuss zur gegebenen Zeit nichts entgegenstehe.

Auf Nachfrage des **Bürgermeisters** teilte die CDU-Fraktion mit, dass der Antrag zur Abstimmung gestellt werden solle.

Herr **Hupe** erläuterte die kritische Sicht zur formalen Abstimmungsfähigkeit des Antrages, da dieser aufgrund der eindeutigen gesetzlichen Regelung im Achten Buch des Sozialgesetzbuches obsolet sei.

Darauf bezugnehmend beantragte Herr **Krause** darüber abzustimmen, den vorgelegten Antrag wegen der nicht gegebenen Abstimmungsfähigkeit abzusetzen.

Nach erneuter Erläuterung und Klarstellung des Verfahrens wurde über den Antrag der SPD-Fraktion als weitgehendsten Antrag abgestimmt.

Beschluss:

Der von der CDU-Fraktion vorgelegte Antrag wird abgesetzt, da er aufgrund der gesetzlichen Vorschriften obsolet ist.

Abstimmungsergebnis: bei 4 Enthaltungen und 13 Gegenstimmen mehrheitlich angenommen

Zu TOP 6.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen lagen nicht vor. Anfragen wurden nicht gestellt.

gez. Hupe
Bürgermeister

gez. Kosanetzki
Schriftführer